

Grüne Besserwisser

Wie verträgt sich der Rückgriff auf das Naturgegebene mit dessen hemmungsloser Ausbeutung auf dem Planeten sowie mit der Aversion der republikanischen US-Regierung und der europäischen und süd-amerikanischen rechtsgerichteten Populisten gegenüber allem, was auf den Schutz der Natur hinausläuft, vor allem aber gegenüber allen, die auf dem Schutz der Natur bestehen? In dieser Problemlage sind die beiden letztgenannten Aspekte kohärent. Aber die grundlegende Orientierung am Naturgegebenen als Kriterium vernünftigen Urteilens und Handelns gegenüber gekünstelter und verschrobener Abweichung vom Naheliegenden könnte ja auch die ökologischen Gesetzmäßigkeiten berücksichtigen wollen, das heißt Prinzipien des Lebens als grundlegend anerkennen, befolgen und als dem naturgegeben selbstbestimmten Leben zuträglich empfinden. Gerade die Seite des Schutzes der Lebensgrundlagen würde einer republikanisch-konservativen Haltung zumindest nicht widersprechen, könnte auf die Heimat bezogen werden und hätte mit der Entstehung der Natur- und Heimatschutzbewegung im späten 19. und im 20. Jahrhundert in Europa wie in den USA eine respektable konservative Tradition.

Das Gegenteil ist der Fall. Das ergibt sich daraus, dass die Ebenen des legitimatorischen Rückgriffs auf die Idee der Natur inkommensurabel sind. Das politische Naturrecht bezieht sich auf die Natur des Menschen, nicht auf ökologische Systeme. Die Aversionen gegenüber Natur- und Umweltschutz sind auf das bezogen, was der ökologischen Natur an subjektiver politischer Schutzbedürftigkeit einer Naturgegebenheit *gegenübersteht* und in den Naturrechtslehren Gegenstand

revolutionärer Neuregelung ist: die menschliche Freiheit. Darin sehen sich die Kritiker des Umweltschutzes eingeschränkt. Sie pochen unter anderem darauf, dass Freiheit auch die unbedingte Herrschaft über Natur einschließt; das ist ihr erstes wichtiges Argument gegen Naturschutz. Historisch wird der Anspruch auf Naturbeherrschung durch die industriekapitalistische Produktionsweise universell und geht als politische Forderung auf den Konstitutionszusammenhang zwischen Liberalismus und Kapitalismus zurück. Die Verbindung von Demokratiekritik mit der Kritik an Umweltschutz ist demnach nicht ohne Weiteres kompatibel mit meiner These, der zufolge selbst für den Kapitalismus ein umfassendes neues positives Verhältnis zur Natur und ihrem Schutz in Rechnung gestellt wird.

In der grünen Politik wird die Natur zu einer Instanz aufgebaut, die als Überregulierung und Bevormundung empfundene Maßnahmen objektiv zu legitimieren erlaubt; damit ist das gegeben, was unter republikanischer Perspektive gegenüber emanzipatorischem Gehabe abgelehnt wird. Darin besteht die zweite Stoßrichtung der Kritiker von Naturschutz und von Korrekturen körperlicher Naturgegebenheit. Es geht bei diesem Aspekt grüner Politik nicht um die Durchsetzung des Gleichheitsprinzips für abnormal anmutende Lebensformen und unterprivilegierte Minderheiten, und auch nicht – bzw. nur indirekt – um die vielfältigen Regulierungen des zwischenmenschlichen Zusammenlebens, die den erreichten Stand der egalitären Menschlichkeit immer noch weiter voranbringen sollen. Vielmehr soll die Idee von Natur durchgesetzt werden, die gerade nicht das Naturgegebene in der Weise hervorhebt wie die Republikaner. Hervorgehoben wird das, was als gesellschaftlich verfügbar im Sinn eines Pflichtbewusstseins mit Blick auf Anpassungsnotwendigkeiten der Gesellschaft an die Natur unabweisbar sei. Pflichtbewusste Anpassungspolitik stattet die Natur mit Rechten sowie Kompetenzen aus, die bisher nur gleich zu behandelnden Subjekten zukommen. Aber die Natur vertritt sich in ihrem Rechtsstatus nicht selbst. Daher tritt sie im Diskurs als Rekurs auf wissenschaftliche Theorien auf, die ihr Rechte zuzusprechen erlauben und von grünen Besserwissern vertreten werden. Das sind holistische ökologische Theorien. Solche Theorien und vor allem Politiken, die sich auf

ökologische Überlebensrechte beziehen, haben aber nur Sinn, wenn es Verfehlungen gegenüber der Natur geben kann. Daher: Die Natur kann nur überleben, wenn das Zusammenleben aller Arten nicht gestört wird; nur dann funktioniert sie als eine Ganzheit. Menschliche »Eingriffe« stören per se.¹ Das ist das Resümee jener wissenschaftlichen Erkenntnisse: Die Umwelt ist in einer Krise, hervorgerufen durch menschliches Fehlverhalten – die Begriffe kapitalistische Produktionsweise und industrielle Planwirtschaft werden hierbei grundsätzlich ausgeklammert; »die Menschen« haben Schuld, wie auch immer vorstellbar. Es handelt sich offenbar um so etwas wie ein Gattungskomplott. Dem Fehlverhalten der Menschen wird entgegengewirkt, indem ihnen das Recht auf Ausbeutung der Natur entzogen und durch die Liebe zu deren Vielfalt mit allerlei Lebensregeln verordnet wird. Ehrfurcht soll das Leben leiten, nicht Selbstermächtigung.

Das bedeutet: Die Position, die die Natur als Grundlage von hemmungsloser Ausbeutung hochschätzt und ihr – so die Strategie des großartigen amerikanischen Naturschutzes – dafür Wildnisschutzgebiete als Ausgleichsmaßnahmen angedeihen lässt, sieht sich mit einer konträr gegnerischen Position konfrontiert. Auf den Gegner reagiert sie so, wie die Umweltpolitik der republikanischen Partei der USA oder zum Beispiel die Programmatik der AfD in der BRD es veranschaulichen: mit Abscheu und Polemik. So erklärt sich, dass die grüne Umweltpolitik zum zentralen Feindbild avanciert, denn dort ist derjenige Naturbegriff Voraussetzung, der die Politik ermächtigt, im Namen übergeordneter, dem Allgemeinwohl dienlicher Prinzipien und Erfordernisse für die Natur Rechte einzuklagen, die den vielen Einzelnen Verzicht und einen veränderten Lebensstil abverlangen, ein tugendvolles Leben, das sie so gar nicht zu führen gedachten; zu der moralischen Instanz des Staates für Daueremanzipation kommt noch die moralisch aufgeladene Instanz von Naturgesetzen hinzu. Das vervielfacht die Eingriffe in

1 Vgl. zu ideengeschichtlichen und epistemologischen Einordnung des ökologischen Denkens Trepl 1987 sowie Eisel 2002, Eisel 2007, Eisel 2009a, Nagel, Eisel 2003.

Gewohnheiten und Selbstverständlichkeiten – und vervielfacht den Unmut. Ein welthistorischer Sachzwang seitens des Planeten Erde versieht die moralischen Appelle zu seiner Rettung mit einem bombastischen objektiven Geltungsanspruch, der alle einzelnen Bedürfnisse und die widersprüchliche Heterogenität und Komplexität gesellschaftlicher Problemlagen jämmerlich verblassen lässt. Die Ebene ist für die bequem vor sich hinlebenden Bürger die gleiche wie jene der für das Gelingen menschenwürdiger Zukunft zwingenden Emanzipationsgebote.²

Aber nicht nur die Ebene der Überbeanspruchung des republikanischen Verständnisses für Gleichheits- und Naturrechte ist die gleiche, vor allem die gesellschaftliche Gruppierung und die parteipolitische Strategie, von der die Zumutungen ausgehen, sind in der Kritik. Auf dieser Grundlage werden Daten zur Umweltentwicklung und wissenschaftliche Gutachten, vor allem aber auch die wissenschaftlichen Theorien, auf denen die Zumutungen basieren, auf nahezu groteske Weise angezweifelt, durch abstruse Gegenbeweise mental blockiert und idiosynkratisch gegenüber grünen Politikern bekämpft.³ Die Grünen sind doppelt dem Groll ausgesetzt, weil sie die Bevormundungen doppelt begründet vertreten: Im Namen der Rechte vielfältiger Natur und im Namen der Vielfalt menschlicher Emanzipationsbemühungen. Die anderen bürgerlichen politischen Parteien besetzen nur jeweils einen der beiden Standpunkte oder changieren: Den Liberalen fehlt programmatisch die Liebe zur Natur, die Konservativen sind in beiden Punkten zögerlich (spielen das Naturschutz- und das Emanzipationsspiel aber zähneknirschend mit, obwohl sie eher auf Tradition als auf Emanzipation setzen; allenfalls Naturschutz als Heimatschutz passt

2 Insofern gehört die juristische Einbezugnahme des Naturschutzes ins Emanzipationsgeschehen politisch und ideengeschichtlich auf die Seite des aufklärerischen Menschenerziehungsprogramms, auch wenn es die Natur ist, die gerettet werden soll.

3 In welchem Ausmaß diese Ideologie arrogante Verblödung hervorrufen kann, demonstriert die Rede von Donald Trump vor den Vereinten Nationen am 23. 9. 2025.

in ihr Weltbild),⁴ und die Sozialdemokraten haben nichts gegen Naturschutz, zögern aber ebenfalls. Sie entwickeln im Zweifelsfall mehr Engagement für die Gleichheit von Lebensbedingungen; und begreifen das eher sozial als lebensweltlich-kulturell, beides widerspricht sich gelegentlich. Generell sträuben sich die ökologiekritischen Verfechter des Naturgegebenen politisch und mental sowohl einerseits gegen die kulturelle, politisch zugestandene Vielfältigkeit der Vorstellungen von natürlicher Körperlichkeit der Menschen und andererseits gegen die Vorschriften, die den Gesetzen der vielfältigen Natur als ökologischem Problemfall entnommen werden; das führt zur aggressiven Abwehrhaltung gegen die Jünger des Naturschutzgedankens, die Multikulturalität und ökologische Vielfalt auf ihre Fahnen geschrieben haben.⁵

-
- 4 Allerdings verschärft sich der »republikanische« Ton auch in der BRD signifikant, wenn es gegen grüne Politik und gegen egalitäre pluralistische Anliegen und Aktivitäten geht. Unter anderem die Statements der Parteiführer von CDU und CSU auf den Wahlparteitagen ihrer Parteien, aber auch fortgesetzt in anderen Zusammenhängen, dokumentieren das. Besonders hervorzuheben sind, neben der idiosynkratischen Abfälligkeit von Bemerkungen über grüne Politiker, die polemischen Einlassungen zur Geschlechtszugehörigkeit. Es zeigt sich die Zwiespältigkeit der durchaus glaubhaften Abgrenzungsbeteuerungen gegenüber der AfD im Rahmen der prekären faktischen Brückenfunktion des Konservatismus für rassistische Einflüsse auf das demokratische politische Leben, von der seine redlichen Vertreter nichts ahnen, ihr aber nicht ganz entkommen können.
 - 5 Die Badeaktion der US-Gesundheitsministers Kennedy mit seinen Kindern in einem Bach mit Badeverbot bedeutete: Ich schere mich einen Dreck 1. um behördliche Verbote, 2. um Vorsorge gegenüber möglichen Krankheiten durch verseuchtes Wasser und 3. um Vorbehalte gegenüber beliebiger menschlicher Naturnutzung. Das ist konsistent das republikanische Paradigma des Verhältnisses zwischen Staat und dem Einzelnen. Den gleichen Hintergrund hatte Donald Trumps absurd anmutendes Geplapper, in dem er öffentlich nur »schwach tröpfelnde« Duschen (Stoßrichtung: gegen politisch eingeforderte und technisch organisierte Wasserverbrauchsreduktion) beklagte und zu genussvollem hemmungslosem Wasserverbrauch aufforderte. Bedeutung: Der ganze Naturschutz-Quatsch kommunistischer Umweltschützer interessiert mich nicht; Wasser ist für den Menschen da und nicht umgekehrt; Ressourcenschutz bevormundet.